

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes

christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: K. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliustr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei 12 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.—. Abt. Expedition und Druck von Joh. van Klen in Krefeld, Rulh. Kirchstraße 66. 1913/1914/1915 Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 53. Telegramm-Adr.: Textilarverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 31. Dezember 1909. Fernsprech-Nummer 4423. 11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Ein Rückblick auf das Verbandsjahr 1909. — Die Streikversicherung der Arbeiter im deutschen Reich. — Ein „altes“ Streik von Mitgliedern eines „gelben“ Arbeitervereins. — Feuilleton: Einige wichtige Fragen aus der Kollisionsversicherung. — Aus dem Verbandsleben: Arbeitslosen-Statistik. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellungen: Vöbberich. — Berichte aus den Ortsgruppen: Amern. — Cottbus. — Griesheim a. Main. — Heel. — Sermgese-Dahl. — Holt. — Mündenbernsdorf. — Mülau-Neichlau. — Penn. — Sieren. — Aus unserer Industrie: Von den Textil-Hochlohnmärkten im November 1909. — Verbesserung im Spinnereibetriebe. — Gewerkschaftliches: Aus unseren Verbänden: Der Papiert und die Gewerkschaftsfrage. — Ausgewählte Organisationen: Auch eine Illustration zum sozialdemokratischen Schnapsbottel. — Die ganze Unfallbarkeit des sozialdemokratischen Parteiprogramms. — Ein Sozialdemokrat über das Steuerzählen. — Wer untergräbt die geistliche Autorität? — Aus Arbeitgeberkreisen: Die Antwort des Maschinenbauers. — Allgemeine Hausfrau: Soziale Fragen: Einen schönen Erfolg. — „Einen glänzenden Sieg in der schwarzen Bischofsstadt Bamberg“. — Soziale Rechtsprechung: Erwerben die Arbeiter klagbare Ansprüche an eine Fabrikunterstützungskasse. — Allgemeines: Die Invalidenversicherungsanstalten im Jahre 1908. — „Christliche Sozialpolitik in der Kommune“. — Bestrafungen wegen Vergehen gegen die Arbeitergesetzbestimmungen. — Jugendliche Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen. — Briefkasten. — Berammlungs-Kalender. — Anzeigen. — Sterbetafel. — Literarisches.

Allen Mitgliedern und Freunden unseres Verbandes wünschen ein glückseliges Neujahr! Zentralvorstand und Redaktion.

Ein Rückblick auf das Verbandsjahr 1909.

Die Geschichte einer gewerkschaftlichen Organisation ist wechselreich und vielgestaltig. Die Vorläufer im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben wirken vielfach mehr oder minder heftig auf sie ein. Das freundliche Schicksal eines ruhigen und friedlichen Dahinschreitens ist den christlichen Gewerkschaften nie vergönnt gewesen, wie das überhaupt einer gewerkschaftlichen Organisation nicht vergönnt sein kann und darf. Eine Bewegung von der Stellung und Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung wird immer in den Strudel bedeutungsvoller, politischer und wirtschaftlicher Ereignisse gezogen werden. Das ist durchaus kein Uebel. Es kommen damit vielmehr Zeiten, wo diese Bewegung den Beweis ihrer Festigkeit und Klarheit sowohl in organisatorischer als grundsätzlicher Hinsicht in besonderer Weise dokumentieren kann. Es sind Zeiten der Läuterung, der Festigung und des weiteren Durchdringens. Wir möchten das nunmehr hinter uns liegende Jahr 1909 als eine solche Zeit sowohl für unseren Verband als für die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung in Anrechnung bringen.

Es gibt Mitglieder in unserem Verbands, die sagen, wir hätten ein schlimmes Jahr hinter uns. Wir teilen diese Schwarzseherei durchaus nicht. Im Gegenteil, wir betrachten das Jahr 1909 von einer ganz hellen Seite, indem wir sagen: Es war mehr wie im Jahr vorher ein Jahr der Konsolidation, der festen Verankerung, der Läuterung, des weiteren Durchdringens und der Belebung. Darum ein Jahr des Erfolges.

Mit dem Beginn dieses Jahres begann sich der Beschäftigungsgrad in unserem Gewerbe wieder aufwärts zu bewegen. Das Aufwärtsschreiten ging langsam und beschwerlich. Doch ist heute die Gesamtlage so, daß man sie als „schlecht“ nicht mehr bezeichnen darf. In manchen Branchen ist die Beschäftigung sogar mehr als gut. Nicht günstig steht es mit den Baumwollspinnereien, die durch die noch immer ungewöhnlich hohen Rohstoffpreise arg geschädigt werden, wodurch naturgemäß auch viele Webereibetriebe in Mitleidenschaft gezogen werden. Verschiedene Umstände deuten jedoch auf Besserung hin. Der Geschäftslage entsprechend war auch die Tätigkeit unseres Verbandes in bezug auf Verbesserung des Arbeitsvertrages. Viele erfolgreiche Abwehrbewegungen, aber auch die Zahl der Angriffsbewegungen hat namentlich in der zweiten Hälfte des Jahres gegenüber 1908 erheblich zugenommen. Wiederholt konnten Unternehmer zum Abschluß langfristiger Tarifverträge veranlaßt werden, namentlich in solchen Bezirken, wo wir schon Jahre lang eine gut organisierte Arbeiterchaft besitzen. Die Textilindustrie hat im Jahre 1909 ihre Tore den Tarifverträgen weiter offen machen müssen. Ueberhaupt ist der materielle Gewinn, der unseren Mitgliedern durch unsere Organisation in 1909 zugeführt werden konnte, wieder ganz erheblich, einerseits durch den wachsenden Einfluß unseres Verbandes auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages und andererseits durch unsere guten Unterstützungseinrichtungen. Remerklich hat sich die April inkrast getretene Arbeitslosenunterstützung als nützlich und segensreich erwiesen. Wir werden in einem späteren Artikel dieses zahlenmäßig betonen.

Zwei Umstände möchten wir hervorheben, die im vergangenen Jahre unser Verbandsleben gleichsam beherrschend haben und uns die Berechtigung geben von einem Jahre der festen Verankerung und des weiteren Durchdringens zu sprechen. Es sind das erstens die im April durchgeführte Vertragsverbesserung und zweitens die Fege seitens des „freien“ Verbandes.

Es gibt Kolleginnen und Kollegen, die jeden Mitgliederertrag als das größte Uebel für einen Verband ansehen. Ist das an sich schon falsch, so gehen sie auch noch von einer ganz verkehrten Voraussetzung aus, wenn sie unter diesem Gesichtspunkte die nunmehr durchgeführte Vertragsverbesserung beurteilen. Es ist falsch, den Mitgliederertrag ganz auf das Konto der Vertragsverbesserung zu setzen. Wir möchten die größte Schuld vielmehr der Krise zuschreiben. Der Charakter unseres Gewerbes bedingt es, daß wir durchgehend mit Massenaufnahmen zu rechnen haben; das hat zur natürlichen Folge, daß bei einem Darniederliegen des Gewerbes auch die Zahl der Austritte groß ist. Das ist in der ganzen Großindustrie so.

Darum haben wir den Zeitpunkt für die Durchführung der Vertragsverbesserung auch für durchaus nicht ungünstig gehalten. Durch die schlechten Erwerbsverhältnisse war die Tätigkeit des Verbandes auf dem Gebiete der Verbesserung des Arbeitsvertrages doch wesentlich beeinträchtigt und infolgedessen auch mit einem größeren Mitgliederertrag zu rechnen. Es war wohl klug gegangen, nun mit einem auch die Vertragsverbesserung durchzuführen, um bei einem Aufwärtsschreiten der Konjunktur nicht die Situation durch diese Frage zu erschweren. Wie wären wir in der Agitation jetzt gestellt, wenn wir nunmehr vor der Vertragsverbesserung ständen? Die Agitation würde dadurch ganz erheblich gehemmt. Es ist jetzt freie Bahn, die unserem Verband bei treuer Pflichterfüllung seitens der Mitglieder auch in agitativer Hinsicht die Früchte der guten Konjunktur zuführen wird. Die Vertragsverbesserung, die mit dem 1. April in Kraft trat, gab für viele Wandelmütige nur den Anstoß, ihren Austritt früher zu vollziehen, der durch den schleppenden Geschäftsgang und die dadurch für die Gewerkschaft bestimmte Taktik dennoch später erfolgt wäre. Und andererseits geben wir unsere Mitglieder zu bedenken: Haben wir nicht viele Mitglieder halten können durch die Arbeitslosenunterstützung, die im Falle eines Nichtvorhandenseins dieser Unterstützung durch ihre Arbeitslosigkeit unabweisbar dem Verbands den Rücken gekehrt hätten? Die Zahl unserer Mitglieder, die im vergangenen Jahre längere oder längere Zeit arbeitslos waren, ist größer, als wir erwartet hätten.

Bei objektiver Prüfung wird kein Mitglied die Wichtigkeit dieser Gedanken wegstreiten wollen. So ist unser Verband aus dem Krisenjahr 1909 innerlich gefestigter und geschlossener hervorgegangen. Der Weg zur erfolgreichen Agitation ist frei, unser Verband steht kräftiger da. Erfolgreicherweise haben wir in den letzten Monaten einen ganz beträchtlichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Mögen alle Mitglieder nur getreu ihrer gewerkschaftlichen Pflicht nachkommen.

Von der Fege seitens des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter ist in den Spalten dieser Zeitung so oft geschrieben worden, daß wir uns hier kurz fassen können. Der Ansturm des „deutschen“ Verbandes ist glänzend abgesehen. Wir haben durch ihn keine zwei Duzend Mitglieder verloren, sogar Uebertritte aus der gegnerischen Organisation gewonnen. Der Leitung des „deutschen“ Verbandes ist der schürliche Plan, unsern Verband kaputt zu schlagen, herzlich schlecht bekommen. So ist ihr noch wohl nie heimgelacht worden, als in diesem Falle von uns. In einem vertraglichen Verhältnis der verschiedenen Arbeiterorganisationen war uns stets und ist uns noch viel gelegen, aber wenn man uns ohne Grund und in so schamloser Weise angreift, wie es der deutsche Textilarbeiterverband tat, dann gehen wir auch einem scharfen Kampfe nicht aus dem Wege. Der Kampf war vielleicht notwendig. Er hat einerseits das Selbstbewußtsein unserer Mitglieder gestärkt und andererseits der Leitung des „deutschen“ Verbandes gezeigt, daß er sich an die Ehre unserer Organisation und ihrer Führer nicht ungestraft vergreift und daß er in unserem Verbands eine Konkurrenzorganisation vor sich hat, die sich seinen Machtgelüsten nicht feige ergibt, die Anspruch auf Anerkennung macht und auch imstande ist, sich die Anerkennung zu erzwingen. Die Fege gab uns Gelegenheit, die gesamte Öffentlichkeit mit den traurigen Zuständen in Verbands „deutscher“ Textilarbeiter bekannt zu machen. Wir hoffen, damit die Leitung dieses Verbandes zur Einsicht und zu einem ehrlichen und vernünftigen Vorgehen bewegt zu haben.

Eine geradezu widerliche Rolle hat bei dieser Gelegenheit das Organ des „freien“ Verbandes gespielt. Wir wollen darauf verzichten, über die Sudeleien dieses Schmierblattes noch weitere Worte zu verlieren. Der „Textilarbeiter“ hat sich selbst aus der Reihe der unabhängigen Pressorgane ausgegliedert.

In diesem Kampfe hat sich die Gesinnungstüchtigkeit und die Solidarität unserer Mitglieder in einer glänzenden Weise gezeigt. Wir haben zahlreiche Zuschriften aus Mitgliederkreisen erhalten, die voll freudiger Kampfesstimmung, sich entrüsten über die verlogene Fege gegen unseren Vorstehenden Schiffer. Dieser Geist treuer Anhänglichkeit an unsere Organisation und echter Prinzipienfestig-

keit muß unsere Reihen immer beherrschen, wenn wir der Textilarbeiterschaft eine ihr zukommende Stellung im öffentlichen Leben erobern wollen. Sie muß sich lösen von der sozialdemokratischen Phrase, ihre Selbständigkeit in jeder Hinsicht bei allen vor kommenden Gelegenheiten zum Ausdruck bringen.

In diesem Sinne soll sich namentlich im kommenden Jahre unsere Erziehungs- und Aufklärungsarbeit bewegen. Die Stellung der christlichen Arbeiterschaft wird von den vielen Feinden immer mehr und immer schärfer umdrängt. Da gehört zu einem erfolgreichen Kampfe in erster Linie ein Erkennen der Grundfrage und des Wesens der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Das Terrain muß zwischen christlicher und sozialdemokratischer Arbeiterschaft scharf abgestochen werden. Nur der kann ein würdiger Streiter für die christliche Arbeiterschaft sein, der sein Ziel und den Weg, der dahin führt, klar vor Augen sieht. Wir wollen mit dem Abschluß des Jahres 1909 uns von neuem geloben, stets tapferstichtige Mitglieder unseres Verbandes zu sein. In diesem Sinne allen ein glückseliges neues Jahr!

Die Streikversicherung der Arbeitgeber im deutschen Reich.

Lehnlich den gewerkschaftlichen Berufsverbänden der Arbeiter haben auch die Unternehmervereinigungen für eine materielle Unterstützung ihrer Mitglieder in Streikfällen gesorgt. Die Streikversicherung ist ein Kampfmittel der Unternehmer gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter. Das Mitbestehen 1909 des „Reichs-Arbeitsblattes“ veröffentlicht eine ausführliche Statistik über den gegenwärtigen Stand der Streikversicherung der deutschen Arbeitgeber. Bevor wir auf dieselbe näher eingehen, erhebt es uns notwendig, zum besseren Verständnis einiges aus der geschichtlichen Entwicklung des Gedankens einer Streikversicherung unter den Arbeitgebern anzuführen.

Die ersten Bestrebungen in bezug auf eine Streikversicherung reichen zurück bis in die 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Schon damals, als man von einer tatkräftigen Arbeitnehmer-Organisation im eigentlichen Sinne des Wortes noch nicht sprechen konnte, sann man auf Mittel und Wege, wie den Schäden und materiellen Verlusten, hervorgerufen durch Streiks und Ausperrungen, gesteuert bzw. wie ihre finanzielle Wirkung auf den Einzelnen gemildert werden konnte. Als erste, bedeutungsvollere Frucht dieser Bestrebungen trat der „Auslandversicherungsverband für den Oberbergamtsbezirk Dortmund“ ins Leben. Nach dem im Jahre 1891 veröffentlichten Geschäftsbericht umfaßte derselbe damals 105 Ruhrkohlenzechen und hatte ein Versicherungsvermögen von 1454924 Mark. Im gleichen Jahre bezahlte dieser Verband an Entschädigungen für bestreite Betriebe über 230000 Mark. Weiterwärtigerweise hat man seit dem Jahre 1891 von diesem Verbands in der Öffentlichkeit nichts mehr gehört, um so mehr hat derselbe aber im geheimen eine recht rege Tätigkeit entfaltet. Es ist nachgewiesen, daß der Verband gelegentlich des großen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1905 an seine Mitglieder recht bedeutende Entschädigungsbeiträge bezahlte. (Kulemann, S. 3, Seite 197.) Bescheiden für die Tendenz dieses Verbandes ist die Tatsache, daß sein Verschwinden vor der Öffentlichkeit mit einem Ministertatlaß von 1892 zusammenhängt, der bei dem genehmigungspflichtigen Versicherungsverband die Gewährung der Entschädigungsgelder an Versicherungsnehmer von dem Nachweis abhängig macht, daß die Betroffenen (die bestreikten Betriebe) ein Einigungsverfahren vor dem Gewerbegericht eingeleitet hätten. (Gesetz betr. Versicherungsvereinigungen.) Sehr satyrisch und treffend bemerkt dazu Dr. W. Zimmermann-Berlin in seinem Aufsatz über die Streikversicherung der Arbeitgeber: „Kohlenzechenbesitzer vor dem gewerblichen Einigungsamt mit ihren Arbeitern verhandeln — das Schauspiel ist uns in Deutschland wohl noch nicht befehrt worden.“

In den darauf folgenden Jahren sind an bedeutungsvolleren Gründungen auf diesem Gebiete erfolgt: Der Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband, die Streikabwehrorganisation der Wuppertaler Nienendreeher und -Rechter, verschiedene Brauereiverbände zum Schutze gegen Verrückterklärung u. a. m. Alle diese Verbände und Verbändchen waren mehr oder weniger isolater Natur und beschränkten sich auf eng gezogene Gebiete und Erwerbsgruppen.

Der Leitung des Bundes der Industriellen entsprang sodann die im Jahre 1897 gegründete Streikversicherungs-Gesellschaft „Industria“. Der geistliche Urheber dieses, als Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 5 Millionen Mark gegründeten Unternehmens, war der Fabrikbesitzer D. Weigert in Berlin. Das äußerst schnell und gut fundierte Unternehmen löste sich nach kaum 1/2-jährigem Bestehen wieder auf. Neuester interessant sind die Gründe, die zur Auflösung führten. In den Satzungen für die Unterjährigkeitsversicherung war nämlich zur Bedingung das zwangsweise Einigungsverfahren vor dem Gewerbegericht gemacht. Wer also Streikunterstützung bzw. Entschädigung haben wollte, mußte den Nachweis erbringen, daß er mit seinen Arbeitern vor dem Gewerbegericht gewesen war, um eventuell eine Einigung herbeizuführen. Auf diese Art und

Weise mußten aber die Arbeiter bzw. deren Organisationen als gleichberechtigte Faktoren anerkannt werden. Gegen diesen Fundamentalfall sozialer Friedens bäumte sich aber das Herrmenschtum der übergroßen Mehrzahl der deutschen Arbeitgeber auf. Infolgedessen ging die erste deutsche „Streikversicherung“ im Jahre 1898 in die Brüche. In den darauffolgenden Jahren schied der Gedanke der Streikversicherung in Arbeitgeberkreisen an Bedeutung verloren zu haben, wenigstens wurden keine ähnlichen Anstrengungen gemacht, die das Gegenteil rechtfertigten. Erst der große Textilarbeiterstreik in Grimnitzham im Jahre 1902 brachte die Frage der Streikversicherung aufs neue ins Rollen. Von dieser Zeit an datieren auch die mehr oder weniger zahlreichen Gründungen verschiedener Streikversicherungs- und Streikentwähigungsvereinigungen. So im Tuchfabrikantenverein zu Nachen-Burkheim, im Verband süddeutscher Holzindustrieller, im Arbeitgeber-Schutzverband deutscher Tischlermeister und Holzindustrieller zu Berlin, im Verein deutscher Fleischfabrikanten u. a. m.

Im Jahre 1904 fand die Organisation der deutschen Unternehmer eine stärkere Zentralisation in den beiden großen Verbänden „Hauptstelle“ und „Verein“ deutscher Arbeitgeber. Die weitere Entwicklung des Problems der Streikversicherung lehnte sich nun im wesentlichen an diese beiden Zentralorganisationen an. Die Lösung dieser recht schwierigen Frage ist bis heute durchaus nicht einheitlich und systematisch erfolgt, sondern wir unterscheiden in der Hauptsache zwei Richtungen, eine, die die Arbeitgeberorganisationen selbst zu Trägern der Streikversicherung macht und eine, die besondere Entschädigungsgesellschaften ins Leben gerufen hat. Außerdem gibt es noch außerhalb der beiden Zentralorganisationen besondere Gesellschaften für Streikentwähigung, so daß sich uns ein sehr mannigfaltiges, wenn nicht gar verworrenes Bild entfaltet. Wir folgen nun dem „Reichs-Arbeitsblatt“.

Von einer eigentlichen Streikversicherung im richtigen Sinne des Wortes kann nicht gesprochen werden, d. h. ein gesetzlich gewährleisteter Rechtsanspruch auf eine Unterstützung wird von keiner Gesellschaft gewährt. Diese Maßnahme entspricht zum größten Teil versicherungstechnischen Schwierigkeiten. Ferner unterliegen alle Versicherungsunternehmen laut Reichsgesetz vom 12. Mai 1901 der Kontrolle des Reichsamts für Privatversicherungen. Auf die Bedingungen, die das Gesetz in verschiedener Hinsicht vorschreibt, konnten selbst die Arbeitgeber schon aus finanziellen Gründen nicht eingehen. Es soll daher von „Streikversicherungen“ die Rede sein bei jenen Gesellschaften, die in ihren Satzungen festgesetzte Regeln und deren Mitglieder einen moralischen Anspruch auf eine Unterstützung haben (ähnlich wie bei den Gewerkschaften der Arbeiter) und von „Streikentwähigung“ bei Gesellschaften, deren Mitgliedern ein statutarisches Recht auf Unterstützung nicht zusteht, sondern die nur eine Unterstützung von Fall zu Fall gewähren.

Oben haben wir schon angeführt, daß hauptsächlich zwei Richtungen in Betracht zu ziehen seien.

1) Die Streikversicherungs-Gesellschaften, die ohne Rücksicht auf die Arbeitgeberorganisationen als selbständige, wenn auch rechtlich nicht volle Gesellschaften eine Streikunterstützung an ihre Mitglieder bezahlen. Die Statistik führt 13 derartige selbständige Gesellschaften auf. Darunter waren:

Reichsverbände	6
Landesverbände	6
Ortsverbände	1

Unter diesen 13 Verbänden waren zwei Gesellschaften rückerichtet; dieselben beschäftigten zusammen 775825 Arbeiter.

2) Arbeitgeberverbände, die selbst Träger einer „Streikversicherung“ bzw. „Streikentwähigung“ sind. Derartige Verbände waren es insgesamt 35, darunter 26 Verbände mit „Streikversicherung“ und 9 Verbände, die „Streikentwähigung“ gewähren von Fall zu Fall. Von den erstgenannten waren:

Reichsverbände	8
Landes- und Bezirksverbände	11
Ortsverbände	7

22 Verbände machten Angaben über ihre Mitgliederverhältnisse und über die Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter. Danach waren es 1169 Mitglieder, die 629509 Arbeiter beschäftigten. Von den 9 Verbänden, die nur eine „Streikentwähigung“ von Fall zu Fall gewähren, waren:

Reichsverbände	4
Landes- bzw. Bezirksverbände	1
Ortsverbände	4

Dieselben hatten 963 Mitglieder, die 97899 Arbeiter beschäftigten.

Die Einnahmen der Streikversicherungs-Gesellschaften setzen sich zusammen aus: a) Eintrittsgeldern; b) laufenden Beiträgen; c) eventuellen Nachschüssen. An Eintrittsgeldern erheben:

1	Gesellsh.	1/2% d. ang. Jahreslohn	= 2,— p. 1000 M.
6	"	1/4% " " " "	= 2,50 " " "
2	"	1/2% " " " "	= 5,— " " "
3	"	1% " " " "	= 10,— " " "
6	"	haben feste Sätze, die sich wieder in verschiedenen Höhen bewegen; erheben kein Eintrittsgeld.	
16	"		
2	Gesellsh.	1/4% d. ang. Jahreslohn	= 2,50 p. 1000 M.
1	"	1/2% " " " "	= 5,— " " "
7	"	1% " " " "	= 10,— " " "

Zwei gut besuchten Versammlungen, in denen einmal Kollege Sissenich und ein andermal Kollege Kähler aus Bamberg referierten...

Seit. In der am 12. Dez. von unserer Ortsgruppe einberufenen öffentlichen Versammlung referierte Frau Niebach-Düffeldorf über das Thema: „Gewerkschaft und Familie“...

Herings-Dahl. Dem in der gutbesuchten Generalversammlung am 12. Dez. erstatteten Jahres- und Kassenbericht, umfassend die Zeit vom 1. Okt. 1908 bis 1. Okt. 1909...

NB. Die Ausgaben des ersten Halbjahres konnten nicht aufgeführt werden, weil die Buchführung auf der Geschäftsstelle erst seit dem 1. April getrennt vorgenommen worden.

Holt. Mit herzlichsten Begrüßungsworten an die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder und deren Angehörigen, sowie besonders an den Gesangsverein „Concordia“ von Holt...

Münchenbernsdorf. Nach längerer Pause hatten wir am 27. Nov. wieder eine öffentliche Versammlung. Als Referent war Kollege Camps aus Münster i. W. erschienen...

Wylau-Regischa. Ein ungetreuer Gewerkschaftsbeamter. Die bürgerliche Zeitungen berichten, ist der Geschäftsführer Regischa der Wylau-Regischa des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes...

Arbeiterverbandes hat auch die Stelle bereits in Nr. 47 des „Textilarbeiters“ ausgeschrieben.

Soran N.-V. Unser Vorsitzender legte in der Generalversammlung am 15. Dezember sein Amt nieder; an seine Stelle wurde Kollege Peter Köcher gewählt...

Venn. Am 18. Dez. hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. In derselben referierte der Bezirksvorsitzende Hermes über die Frage der Arbeitsnachweise...

Wierzen. (Bezirk Dorf.) In unserer Versammlung vom 19. Dez. wurden, nachdem die Kassenrechnung den Quartalsbericht gegeben hatte, die Vorstandswahlen getätigt...

Aus unserer Industrie.

Von den Textil-Rohstoffmärkten im November 1909.

Die starke Knappheit hat weiterhin einen lähmenden Einfluss auch auf das Warengeschäft und damit auf die Textilbranche ausgeübt, scheint aber nunmehr in großen und ganzen überwunden zu sein...

Während auf den Rohstoffmärkten die Krise zum größten Teile überwunden ist, befinden sich die Warenmärkte in einer ziemlich schwierigen Lage. Nicht so sehr tritt dies in der Preisbewegung hervor...

Der Flachsmarkt verkehrte in ruhiger Verfassung. Im allgemeinen haben die Preise für den Rohstoff, die sich schon seit einiger Zeit auf stärkerer Nachfrage in aufsteigender Richtung bewegten, weiter an dieser festgehalten...

Die Lage des Rohstoffmarktes war eine ausgesprochen ruhige und stark zurückhaltende. Die statistische Position läßt gegenüber dem Vorjahre zu wünschen übrig...

Verbesserung im Spinnereibetriebe.

Eine in Chemnitz abgehaltene Versammlung der Vereinigung sächsischer Spinnereibesitzer, der auch Vertreter der Behörden, der Gewerbeinspektion u. a. m. bewohnten...

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Der Papst und die Gewerkschaftsfrage. Die sozialdemokratische Presse ist wieder einmal hoch erregt, weil Papst Pius X. sich gegen die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen haben soll...

Es ist weder loyal noch vornehm, das katholische Bekenntnis unter falscher Flagge setzen zu lassen, als ob es eine Randsache und Schmuggelware wäre. Es ist ferner nicht abzusehen, bis zu welchem Punkte mit dem Begriff „christliche Gerechtigkeit“...

Wie man in diesen Ausführungen eine Beurteilung der christlichen Gewerkschaften erblicken kann, ist ziemlich unverständlich. Katholische soziale Vereinigungen und christliche Gewerkschaften sind grundverschiedene Dinge...

Aus gegnerischen Organisationen.

Noch eine Illustration zum sozialdemokratischen Schnapsbott. Welch ein verlogenes Spiel der sozialdemokratische Schnapsbott ist, dazu zu den vielen anderen noch einen guten Beleg...

Der Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands hat in Leipzig einstimmig beschlossen, über den Schnaps den Boykott zu verhängen. Somit Verweigerung der Schnapslieferung an die Junker als Schnapsbrenner...

Der den Arbeitern nicht unbekannt Dichter Leo Tolstoi schlägt übrigens für jede Schnapsfrage folgende Aufschrift vor: „Brantwein, ein für Leib und Seele schädliches Gift“...

Dieselbe Zeitung bringt in derselben Nummer nicht weniger als sieben Inserate — größere und kleinere — worin die Arbeiter zum Kauf billigen und guten Tafels animiert werden.

Höher geht's nimmer! Mag die Redaktion der „Freien Presse“ mal darüber nachdenken, welche Aufschrift der angezogene Dichter Leo Tolstoi für die „Freie Presse“ und viele andere sozialdemokratische Zeitungsorgane vorschlagen würde...

Die ganze Unhaltbarkeit des sozialdemokratischen Parteiprogramms wie es in Erfurt im Jahre 1891 auf dem damaligen Parteitag festgelegt wurde, leuchtet aus einer Fragestellung in einem Artikel: „Individualismus in der Partei“...

Wie viele gibt es noch in der Partei, die bereit wären, das Erfurter Programm mit Haut und Haar zu schlucken? Wie viele sind noch fest davon überzeugt, daß die Entwicklung „mit Naturnotwendigkeit“ zum völligen „Untergang“ des gesamten Kleinbetriebs führt...

„Arbeit“ zum „Arbeitslohn“? Der Arbeiter bekommt für seine Arbeit einen Lohn, der seinen Lebensunterhalt deckt, aber sein Gehaltsbereich wird nicht durch den Prinzipalbesitzer festgelegt...

Und ein solches Programm, an das in der Partei im Ernst kaum jemand mehr glaubt, darf doch immer den Charakter des offiziellen sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses für sich in Anspruch nehmen. Höher geht die Verlogenheit nimmer!

Ein Sozialdemokrat über das Steuerzahlen.

Obwohl ein einfacher Blick auf die Ausgaben und Zwecke des Staates schon lehrt, daß er für diese, die nicht zum wenigsten auch auf kulturellem Gebiet liegen, regelmäßige Einnahmen nicht entbehren kann...

Der Berliner Delegierte glaubte, daß wir durch unsere Angabe des Verdienstes (in Flugblättern D. R.) der Steuerbehörde Material in die Hand geben. Wir, die wir doch mit wenigen Ausnahmen der Sozialdemokratie angehören oder ihr fast zuzurechnen sind, bekannlich Gegner indirekter Steuern...

Wer untergräbt die geistliche Autorität? Einen interessanten Beleg dafür, wie Sekretäre vom Verband katholischer Arbeitervereine (Sib Berlin) die Autorität der katholischen Geistlichen achten, die sich nicht unbedingt zum Berliner Programm bekennen...

Am 17. Oktober fand in Riegersdorf eine von Pfarrrer Köstler einberufene Versammlung katholischer Arbeiter statt, zu der auch die Arbeitersekretäre Dinko Welfe und Hoffmann-Kauland geladen waren...

Die ganze Unhaltbarkeit des sozialdemokratischen Parteiprogramms wie es in Erfurt im Jahre 1891 auf dem damaligen Parteitag festgelegt wurde, leuchtet aus einer Fragestellung in einem Artikel: „Individualismus in der Partei“...

Wie viele gibt es noch in der Partei, die bereit wären, das Erfurter Programm mit Haut und Haar zu schlucken? Wie viele sind noch fest davon überzeugt, daß die Entwicklung „mit Naturnotwendigkeit“ zum völligen „Untergang“ des gesamten Kleinbetriebs führt...

Aus Arbeitgeberkreisen.

Die Antwort des Reichsverbandes auf das Schreiben des Verbandes deutscher Arbeitsschlichter, worin dieser vor der Gründung einseitiger Zwangsarbeitsämter warnt im Interesse des sozialen Friedens...

Bilanz

des Gewerkschaftskonsumvereins, Eintracht in Weiburg, vom 1. September 1908 bis 31. August 1909.

Table with columns for 'Aktiva' and 'Passiva'. Aktiva includes Rassenbestand am 31. August 1909 (1289,22), Warenbestand zu Ende des Monats (8800,37), Kassenbestand (1442,90), Inventar n. 10% (434,17). Passiva includes Warenschulden (4032,67), Mitgliedsbeiträge (1464,27), Kapitalanlage (300,-), etc.

Sterbe-Tafel

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Josef Schmid in Oberhausen.
Peter Heiddüchel in Düren.
Elise Bock in Brand.
Peter Gehlen in Rheydt.
Jan ter Elst in Gronau.
Josef Wermers in Emsdetten.

Literarisches

Ein Mensch, dem Wissen fehlt, ist blind. (Hippobaca von Frig.)

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1910 wird allen christlichen Gewerkschaften empfohlen. Es enthält 1) Die christlichen Gewerkschaften in 1908, 2) die internationale Gewerkschaftsbewegung, 3) die Entwicklung des Tarifvertragswesens in Deutschland, 4) die deutschen Arbeitgeberverbände, 5) unsere Gegner, 6) der Rechtschutz in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, 7) aus der Reichs-Sozialgesetzgebung 1908/09, 8) Ergebnisse der Berufs- und Gewerbebeziehung von 1907, 9) zehnte Weltkarte, 10) zehnte Weltkarte, 11) zehnte Weltkarte, 12) zehnte Weltkarte, 13) zehnte Weltkarte, 14) zehnte Weltkarte, 15) zehnte Weltkarte.

Das Taschenbuch für evangelische Arbeiter 1910 ist vor kurzem erschienen und wird gegen Einsendung von 60 Pfg. von der Buchhandlung des Gesamtverbandes, Köln, Palmstr. 14, überallhin frei versandt. Bei gleichzeitiger Bestellung von 15 Stück ermäßigt sich der Preis auf je 45 Pfg. Das Buch bringt Aufsätze über die christlich-nationale Arbeiterbewegung, über den Preussischen Landtag, die Einkommensteuer, Religion und Naturwissenschaft, reiche Literatur- und Adressenanlagen und Raum zu Notizen für jeden Tag des Jahres. Von Dr. Weber und Dr. Mumm herausgegeben, ist das schmale billige Büchlein Tausenden evangelischen Arbeitern zum täglichen Begleiter geworden.

Internationale Verbindungen der christlichen Textilarbeiterorganisationen. Herausgegeben von der Leitung der internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen (C. R. Schiffer). Der Gedanke der internationalen Vereinigung der christlichen Berufsverbände ist unter der christlich organisierten Arbeiterbewegung längst nicht populär genug. Nach dieser Richtung hin muß von unserer Bewegung mehr getan werden. Die Broschüre kann vorzüglich auf über die Notwendigkeit der internationalen Verbindungen (vgl. der Textilarbeiter, über die bereits bestehenden Verbindungen der letzteren und über die stattgefundenen Kongresse. Die Broschüre enthält ferner über verschiedene andere wichtige soziale Fragen sehr gutes Material. Sie kostet 40 Pfg. Inneren Ortsgruppenvorständen und Vertrauensmännern sei namentlich den Vertrieb der Broschüre dringend empfohlen.

Sozialpolitik als Sozialpolitik. Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialpolitik des deutschen Reiches. Im Auftrag des zweiten deutschen Arbeiterkongresses dargestellt von Dr. Leopold v. Wiche, Professor der Volkswirtschaftslehre an der Kgl. Technischen Hochschule Hannover. Köln 1909. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Palmstr. 14. 189 Seiten. Gebunden, Preis 4 Mk. Für Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands durch die Geschäftsstelle des Verbandes bezogen 2 Mk.

Verdienst für sich in Anspruch. Dabei haben dieselben keinen einzigen Vertreter im Gemeinderat. Wer schmeißt sich nun mit fremden Federn? Die Antwort mag sich der Leser selbst geben.

Bestrafungen wegen Vergehen gegen die Arbeiterbestimmungen. Lieber die Zahl dieser Bestrafungen entnehmen wir einem leistungswerten Artikel des 'Arbeiter', Organ der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, folgende Ziffern: Für das gesamte Deutsche Reich beziffert sich die Zahl aller wegen Vergehen gegen die Arbeiterbestimmungen im Jahre 1907 gestraften Handlungen und verurteilten Personen auf 21384 gegen 21291 im Jahre 1908. Vom Jahre 1908 liegen die Ergebnisse noch nicht vor. Die Zahl der Strafen sind im Vergleich zu der großen Zahl der Betriebe und der in denselben beschäftigten Arbeiter verhältnismäßig gering; mancherorts sind die Aufsichtsorgane entschieden zu rückfällig und scheuen aus verschiedenen Gründen vor Anzeigen und Strafverfügungen zurück. Für einige Bundesstaaten stellen sich die Strafverfügungen wie folgt:

Table with columns for state, number of offenses, and number of persons. Prussia: 11506 offenses, 11579 persons. Saxony: 2431 offenses, 2336 persons. Bavaria: 1520 offenses, 1380 persons. Hamburg: 1298 offenses, 1203 persons. Württemberg: 1162 offenses, 1116 persons. Baden: 1108 offenses, 1081 persons.

Die Strafen zerfallen in Verweise, Geld-, Haft-, Gefängnisstrafen. 20958 von den 21061 verurteilten Personen, welche 21384 strafbare Handlungen begangen hatten, kamen mit Geldstrafen davon; in rund 99 Prozent aller Fälle gab's also nur Geldstrafen. Dazu kommt, daß dieselben noch recht niedrig sind. 6688 Personen wurden mit rund drei Mark, 10150 Personen mit drei bis zehn Mark bestraft! 45 Strafen waren Gefängnisstrafen, wozu noch 18 Haftstrafen kommen. An Verweisstrafen wurden 45 gefaßt. Von den Gefängnisstrafen bezogen sich 40 auf rechtswidrige Verwendung von Lohnzügen; von den Haftstrafen sind acht wegen Verstoßes gegen die Sonntagsruhe verhängt worden. Angefaßt der geradezu lächerlich niedrigen Strafmessung kann man nur wünschen, daß die Freunde des Arbeiterschutzes in den gelehrenden Körperchaften energisch darauf hinarbeiten, daß derartige, Leben-, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter nicht schädigende Personen anders bestraft werden, als wie dieses bis jetzt der Fall war. Die Arbeit der Gewerbeinspektoren gehört durch eine kräftigere Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen und durch eine zeitgemäße Verschärfung derselben entschieden unterstützt.

Jugendliche Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen. Nach der Statistik im 4. Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs wurden im Jahre 1908 jugendliche Arbeiter in 91888 und über 16 Jahre alte Arbeiterinnen in 86381 Fabriken beschäftigt. Von den unter 14 Jahre alten Kindern waren 6677 männlichen und 5385 weiblichen Geschlechts, ihre Zahl hat gegen das Vorjahr um 600, bzw. 400 abgenommen. Von den jungen Leuten von 14 bis 16 Jahren waren 289000 männlichen und 150000 weiblichen Geschlechts. Gegen das Vorjahr zeigte sich bei den weiblichen jugendlichen Arbeiterinnen ein Rückgang von etwa 200, während die Zahl der männlichen jugendlichen Arbeiter um 4000 geblieben ist. Die Zahl der beschäftigten erwachsenen Arbeiterinnen betrug 1150033, davon waren 450887 16 bis 21 und 699146 über 21 Jahre alt. Gegen das Vorjahr hat eine Zunahme der erwachsenen Arbeiterinnen um 4500 stattgefunden, wovon 1400 16 bis 21 Jahre und 3100 über 21 Jahre alt waren. Auf jede Fabrik, die jugendliche oder erwachsene Arbeiterinnen beschäftigt, entfielen durchschnittlich 4,9 jugendliche Arbeiter beiderlei Geschlechts und 13,3 erwachsene Arbeiterinnen. Die entsprechenden Zahlen für das Vorjahr sind 5,0, bzw. 13,5.

Briefkasten

Mitgliedschaft. Von der Beitragsleistung sind ganz entbunden die Mitglieder, die beim Militär sind oder Kolonialen für die Zeit, wo sie zwecks hauswirtschaftlicher Ausbildung in einem Dienstverhältnis sich befinden. In beiden Fällen können sie in die alten Rechte wieder eintreten, wenn sie sich innerhalb vier Wochen nach Rückkehr in ihr früheres Arbeitsverhältnis wieder als Mitglieder anmelden (§ 11 des Statuts). Diejenigen Mitglieder, die in einen Beruf eintreten, für den es eine christliche Gewerkschaft nicht gibt, können durch Zahlung eines Monatsbeitrags in Höhe von 30 Pfennig ihre alten Rechte wieder erhalten, wenn sie sich nach Rückkehr in den alten Beruf innerhalb vier Wochen melden und dann den vollen Beitrag wieder entrichten. Wenn sie in dem Berufe bleiben, für den es eine christliche Gewerkschaft nicht besteht, sichern sie durch Zahlung des Monatsbeitrags von 30 Pfennig ihren Angehörigen die Stimmenerhebung (§ 12). Andere Fälle, die ein Unterbrechen der Mitgliedschaft und spätere Annahme der alten Ansprüche ermöglichen, kennt unser Statut nicht. Die von ihr angelegene Form ist also mit Recht zu beibehalten. Besserlich wäre nach den Umständen ein Nachzahlen der Beiträge möglich.

Veranstaltungskalender

- Socholt. 2. Jan., von 10 bis 12 Uhr, Abrechnung der Vertrauensmänner.
Vergleich. 2. Jan., 11 Uhr, Quartalsabrechnung und Vertrauensmänner.
Sonder. 16. Jan., 10 1/2 Uhr, bei Bongenberg, Generalversammlung.
Differenz. 16. Jan., 6 Uhr, bei Kemmelers, außerordentliche Generalversammlung.
Zusammenkunft. 2. Jan., 11 Uhr, im Paulshaus.
Sonder (Lohn). 11. Jan., 10 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Kalkstein', Seebach, Unterhainhausen.
Sonder. 22. Jan., 10 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Kalkstein', Seebach.
Sonder. 23. Jan., 8 Uhr, bei Herrn Canter, Seebach, außerordentliche Generalversammlung.
Sonder. 2. Jan., 6 Uhr, bei Seifert, Seebach, Familienfest.
Sonder. 9. Jan., 10 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Kalkstein', Seebach, Familienfest.
Sonder. 9. Jan., 6 Uhr, bei Pet. Bürger, Seebach, Familienfest.
Sonder. 16. Jan., 4 Uhr, im Lokal 'Zum Kalkstein', Seebach, Familienfest.
Sonder. 2. Jan., 6 Uhr, bei Paul Müller.

Die Invalidenversicherungsanstalten im Jahre 1908. Im Jahre 1908 bestanden 31 Invalidenversicherungsanstalten und 10 zugelassene Rassenversicherungen. Diese 41 Versicherungsverträge betrafen am Jahresabschluss insgesamt 314 Vorstandsmitglieder, 47 Hilfsarbeiter der Vorstände, 626 Ausschußmitglieder, 431 Kontrollbeamte, 3 Rentenstellen, 124 Schiedsgerichte, 2401 besondere Markenverwalterstellen und rund 7300 mit der Eingehung der Beiträge beauftragte Stellen.

Allgemeines

Die Invalidenversicherungsanstalten im Jahre 1908. Im Jahre 1908 bestanden 31 Invalidenversicherungsanstalten und 10 zugelassene Rassenversicherungen. Diese 41 Versicherungsverträge betrafen am Jahresabschluss insgesamt 314 Vorstandsmitglieder, 47 Hilfsarbeiter der Vorstände, 626 Ausschußmitglieder, 431 Kontrollbeamte, 3 Rentenstellen, 124 Schiedsgerichte, 2401 besondere Markenverwalterstellen und rund 7300 mit der Eingehung der Beiträge beauftragte Stellen.

An Waisenbeiträgen wurden bei den 31 Invalidenversicherungsanstalten rund 666 Millionen Stück verwendet, die einen Erlös von 167 783 048 Mk. ergaben. Hierunter entfielen auf polnische Arbeiter ruffischer und österröcher Staatsangehörigkeit rund 7,5 Millionen Waisenbeiträge im Werte von 644 975 Mk. Bei den Rassenversicherungen betrug die Einnahme aus Beiträgen 16 639 334 Mk.

Bei der Abrechnung für das Jahr 1908 wurden 140 436 Renten als im Jahre 1908 zugegangen behandelt, nämlich 117 224 Invalidentrenten, 12 209 Krankenrenten und 11 003 Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbetrage von 170,31 Mk., 169,93 Mk. und 163,15 Mk.

Beitragsverpflichtungen wurden im Jahre 1908 festgesetzt bei 151 327 Heiratsfällen, 557 Unfällen und 36 774 Todesfällen, wobei sich der durchschnittliche Beitrag auf 38,88 Mk. und 90,40 Mk. stellte. Auf diese reichsgerichtlichen Entschädigungen wurden allein zu Lasten der 41 Versicherungsverträge, also ohne den Anteil des Reichs, im Rechnungsjahre 1908 111 406 673 Mk. gezahlt, und zwar an Renten 102 169 858 Mk. an Beitragsverpflichtungen 9 236 814 Mk. Die hierzu noch tretende Leistung des Reichs belief sich auf 50 521 836 Mk.

Für das Heilverfahren wurden 17 894 446 Mk. aufgewendet; hierbei sind die von den Krankenkassen, von Trägern der Unfallversicherung und von anderer Seite gezahlten Kostensätze in Höhe von 4 651 891 Mk. bereits in Abzug gebracht. Der obige Betrag umfaßt auch die Unterstützungen an Angehörige der in Heilbehandlung genommenen Berufstätigen in Höhe von 15 707 719 Mk. Darüber hinaus wurden aber noch weitere 1 105 224 Mk. gewährt.

Die gesamten Ausgaben für Invalidenhauspflege beliefen sich auf 820 932 Mk. Hierdurch wurden durch Einbehaltung der Renten der Pflegelinge 226 619 Mk. erlöst und durch Zuschüsse von anderer Seite 45 721 Mk. erzielt, so daß den Versicherungsträgern eine Reineinnahme von 548 591 Mk. erwuchs.

An Verwaltungskosten überhaupt wurden 18 254 351 Mk. ausgegeben, was auf 1000 Mk. der Einnahme aus Beiträgen eine Ausgabe von 99 Mk., auf 1000 Mk. der gesamten Ausgaben eine solche von 122 Mk. bedeutet. Von 1000 Mk. der überhaupt als Verwaltungskosten aufzufassenen Aufwendungen entfielen auf die allgemeine Verwaltung 887 Mk., auf die Kosten für die Eingehung der Beiträge 140 Mk., auf die Kosten der Kontrolle 103 Mk. und auf sonstige Kosten 170 Mk.

Insgesamt haben sich im Jahre 1908 die Einnahmen auf 235 360 239 Mk., die Ausgaben auf 149 817 274 Mk. beziffert, so daß sich ein Vermögenszuwachs von 85 542 965 Mk. ergibt.

Christliche Sozialpolitik in der Kommune

Unter dieser Rubrik geht eine Abtätigkeit der sozialdemokratischen Presse, die wieder einmal die Tatsachen auf den Kopf stellt. Bei der Beratung der seit 1. Dez. 1909 eingeführten Arbeiterrentenversicherung in Wülhausen (Scha) sollen die christlichen Arbeitervertreter sozialdemokratische Angriffe als die ihnen eingebracht und widerlegt und sich dadurch mit 'fremden Federn' gezeichnet haben. Tatsache ist, daß die hauptberuflichen Bedenken der Gewerkschaft gegen den Entwurf, die sich später zu Änderungen verdichteten, bereits in der Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs vom ... verhandelt wurden. Dieser hat dies auch in einer späteren Sitzung den Vertretern der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenüber betont. Wie das letztere, so nahm auch das christliche Gewerkschaftsmitglied zum Entwurf Stellung und beantragte die christlichen Arbeitervertreter im Gemeinderat auf Ablehnung der Bedenken hinsichtlich und, wenn möglich, eine Erhöhung des ursprünglichen Höchstbetrags. Diesem Antrag gemäß haben die christlichen Arbeitervertreter auch gehandelt. Die in der sozialdemokratischen Kritik erwähnte, angeblich in einer Versammlung gemachte Bemerkung ist belanglos, da der Betreffende jenseit der Sitzung des christlichen Gewerkschaftsleiters war und der ersten Beratung des Entwurfs im Gemeinderat nicht beigewohnt hat und darum über den wirklichen Sachverhalt nicht unterrichtet war. Demnach ist es nicht möglich, daß das christliche Gewerkschaftsleitertum durch einen Antrag die Anregung zur Einführung der Rentenversicherung gegeben hat. Dem tatsächlichen Eintreten der christlichen Arbeitervertreter im Gemeinderat ist es zu verdanken, daß der Entwurf nicht den ungewünschten Beschränkungen durchging. Aus formaler die Gewerkschaft und nehmen den

Einem schönen Erfolg erlangt der Arbeiterverein für soziale Wahlen, dem auch die christlichen Gewerkschaften angehören, in Ulm, bei den am 6. und 7. Dez. stattgefundenen Gewerkschaftswahlen. Der Arbeiterverein erlangt bei bester Gegen-Agitation seitens der Gewerkschaften, bisher 1, während die christlichen Gewerkschaften, welche den christlichen Arbeiterverein für sich gewonnen hatten, nur einen Beisitzer behaupten konnten, demnach 3 Beisitzer einbrachten. Die Sozialdemokraten bekamen 8, fünf 7 Beisitzer.

Allgemeine Rundschau

Soziale Wahlen

Einem schönen Erfolg erlangt der Arbeiterverein für soziale Wahlen, dem auch die christlichen Gewerkschaften angehören, in Ulm, bei den am 6. und 7. Dez. stattgefundenen Gewerkschaftswahlen. Der Arbeiterverein erlangt bei bester Gegen-Agitation seitens der Gewerkschaften, bisher 1, während die christlichen Gewerkschaften, welche den christlichen Arbeiterverein für sich gewonnen hatten, nur einen Beisitzer behaupten konnten, demnach 3 Beisitzer einbrachten. Die Sozialdemokraten bekamen 8, fünf 7 Beisitzer.

In Heidenheim stellten die christlichen Gewerkschaften zum erstenmal eine Liste auf und errangen 1 Beisitzer, die Gewerkschaft 5 Beisitzer, fünf 6. Es sind also auch in Württemberg in letzter Zeit bei sozialen Wahlen nennenswerte Erfolge erzielt worden von der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

„Einem glänzenden Sieg in der schwarzen Bischofsstadt Bamberg“ sollen nach Berichten in sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsblättern die „freien“ Gewerkschaften anlässlich der letzten Gewerkschaftswahlen erzielt haben. Auf die Liste der „freien“ Gewerkschaften entfielen 1231 und auf die Liste des „Bereins für Arbeitervertreterwahlen“ 704 Stimmen. Wenn man aber berücksichtigt, daß die „freien“ Gewerkschaften gegenüber den Wahlen vor 3 Jahren einen Stimmenzuwachs von 207 und die christlichen Arbeiter einen Stimmenzuwachs von 209 zu verzeichnen haben und wenn man ferner in Betracht zieht, daß bei den letzten Wahlen die „freien“ Gewerkschaften einen Beisitzer an die christlichen Arbeiter abgeben mußten, so weiß man, wie in Wirklichkeit der „glänzende Sieg“ der „freien“ in der „schwarzen Bischofsstadt Bamberg“ aussieht.

Soziale Rechtsprechung

Erwerben die Arbeiter Klagen Ansprüche an eine Fabrikanten-Firma? Die mecklenburger Weberz. Sch. u. Co. in Rörs gründete im Jahre 1882 für die Arbeiter eine Unterhaltungs- und Waisenfonds-Gesellschaft ohne jeden Beitrag der Arbeiter. Die Kapitalbildung erfolgte in der Weise, daß die Firma aus ihrem Vermögen am Schluß jedes Kalenderjahres für den einzelnen Arbeiter einen Betrag gutschrieb, der sich nach dem Gesamtbetrage des im abgelaufenen Jahre von dem Arbeiter verdienten Lohnes, der ohne Kürzung ansbezahlte wurde, bemess und auf fünf Prozent dieses Lohnbetrages festgesetzt war. Die gutgeschrieben Beträge wurden mit vier Prozent verzinst und die Zinsen ebenfalls gutgeschrieben. Bei Annahme der Arbeiter wies die Firma nicht auf das Fehlen der Beiträge hin, die Arbeiter erhielten aber nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie bei der Firma Arbeit genommen hatten, ihr Kontokorrent mit vorgeschriebenem Solvenz nach. Im Dezember 1907 kündigte die Firma allen ihren Arbeitern und erklärte sie, weil infolge eines Ausstandes der Arbeiter in vier Wochen die Solvenz des Reichs und des Reichertums, dem auch die Firma angehöre, die allgemeine Sperre ausgesprochen habe, und nach den Satzungen des Reichsverbandes von christlichen Gewerkschaften, deren Arbeiter zu Ludwig. Nach Aufhebung der Sperre nahmen a. a. drei Arbeiter, die seit mehr als 20 Jahren in der Fabrik beschäftigt gewesen waren, die Arbeit wieder auf, da sie anderwärts keinen Lohn erhalten konnten. Sie verlangten nun im Wege der Klage Auszahlung ihres Guthabens an der erwähnten Sparkasse, indem sie sich auf § 21 des Sparkassenstatutes beriefen, der unter anderem bestimmt, daß, wenn Arbeiter infolge ungewollter Beschäftigung von der Firma entlassen werden, sie ihr vollen Guthaben nicht Zinsen bei ihrer Entlassung bar ausbezahlt erhalten sollen. Die belangte Firma bestritt, daß überhaupt ein Klagenanspruch bestehe, und legte sowohl vor dem Landgericht Güstrow, als auch vor dem Oberlandesgericht Danneberg. Letzteres gab folgende Begründung: „Nach § 4 des Statuts zeige der Angeklagte ein Fortschreiten zur Insolvenz an, wenn, was gegenüber den Klägern nicht geschehen sei, die belangte Firma ein Befehlen des Aufsichtsrats befolgt habe, nur mehr die Erfüllung der Klage die Klägern die Klage zu stellen; weiter habe sie